

Neue Regierung muss nachhaltige Gründer- und Jungunternehmerpolitik betreiben

Utl.: Junge Wirtschaft begrüßt wirtschaftspolitischen Kurs der neuen Regierung, verlangt aber rasche Konkretisierungen=

Wien(PWK) "Das Programm der neuen Regierung sieht wichtige Weichenstellungen für Österreichs Wirtschaft vor, die auch aus gründer- und jungunternehmerpolitischer Sicht sehr zu begrüßen sind", erklären der Bundesvorsitzende der Jungen Wirtschaft, Stefan Umdasch, und der Bundesgeschäftsführer der Jungen Wirtschaft, Alfons H. Helmhel.

Für die österreichischen Jungunternehmer wäre nicht nur eine solide Haushaltspolitik auf Basis der EU-Vorgaben, sondern auch die im Regierungsprogramm vorgenommene Orientierung an den EU-Empfehlungen in der Gründer- und Jungunternehmerpolitik besonders erfreulich, so Umdasch und Helmhel.

Als bedeutendste Erleichterungen für Gründer und Jungunternehmer hebt die Junge Wirtschaft die Verankerung von einem one-stop-shop-Prinzip in der Bürokratie, das geplante moderne Anlagenrecht und die Bereitstellung von mehr Risikokapital für KMUs hervor. "Damit wurde genau auf die zentralen Forderungen unseres vor drei Jahren präsentierten Gründungsoffensive-Konzeptes eingegangen. Jetzt muss es darum gehen, diese Vorhaben rasch in die Tat umzusetzen und die damit verbundenen Zielsetzungen zu konkretisieren", fordert Umdasch.

So fordert die Junge Wirtschaft Österreich, dass die neue Bundesregierung die Neugestaltung des Anlagenrechtes mit einer klaren Zielvorgabe verbindet. "Gegenwärtig laufen in Österreich 15.000 Verfahren pro Jahr, im mehr als zehnfachen Deutschland sind es nur 6.000. Die Bundesregierung sollte sich als Zielvorgabe setzen, dass es künftig nicht mehr als 4.000 Betriebsanlagengenehmigungsverfahren gibt", fordert Helmhel.

Auch hinsichtlich der im Regierungsprogramm angesprochenen Bereitstellung von mehr Risikokapital für KMUs fordert die Junge Wirtschaft konkrete Maßnahmen. "Die Einführung von steuerbegünstigten Jungunternehmerfonds, an denen sich jeder Österreicher beteiligen kann, muss jetzt von der neuen Regierung ernsthaft geprüft werden", erklärt Helmhel.

"Maßnahmen zur dringend notwendigen Verankerung der Selbständigkeit im Bildungssystem fehlen im Regierungsprogramm leider, aber wir hoffen, dass hier bald entsprechende Schritte gesetzt werden. Es spricht beispielsweise nichts dagegen, dass man künftig die Unternehmerprüfung schon in der berufsbildenden Schule ablegen kann", so der JW-Bundesgeschäftsführer.

Um die Selbständigkeit breitenwirksam als attraktive Berufsalternative präsentieren zu können, müsse zudem noch ein Versprechen der alten Bundesregierung an die Junge Wirtschaft eingelöst werden: Die Durchführung einer bundesweiten Imagekampagne für Gründer und junge Unternehmer.

"Wir werden es jedenfalls mit der neuen Regierung genauso halten, wie mit der alten: Wir werden sie an ihren realpolitischen Taten für eine nachhaltige Gründer- und Jungunternehmerpolitik messen. Wir sagen aber auch ganz offen, dass wir mit den Personen des Wirtschafts- und des Finanzministers deutlich bessere Voraussetzungen für eine innovative und nachhaltige Gründerpolitik verbinden, als das in der alten Regierung der Fall war", schließen Umdasch und Helmelt. (MH)

Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich

Junge Wirtschaft
Alfons Helmelt
Tel: 50105/3225

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0186 2000-02-09/14:54

091454 Feb 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000209_OTS0186